stanz des *Wertausdrucks* des Gesamtprodukts. Das wäre in diesem Zusammenhang ohne Signifikanz, denn mit wachsenden Produktivkräften nimmt auch bei wertmäßig konstantem Gesamtprodukt die Masse der Gebrauchswerte und damit der Verbrauch an Rohstoffen etc. zu. Harich fordert immer „Sparsamkeit", ohne deutlich zu machen, was denn damit genau bezeichnet werden soll. Er überlegt sich nicht, daß mit der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte neue Technologien entwickelt werden können, mit denen heute noch unregenerierbare Stoffe regeneriert oder recycled werden könnten, Technologien auch, die eine bedrohte Biosphäre zurück ins Gleichgewicht holen könnten. In Bezug auf solche Technologien ist die Naturschranke sehr wohl relativ bestimmbar. Gleichviel, Harichs Buch ist allein schon wegen der kurzen, aber brillianten Exkurse zur Philosophie- und Begriffsgeschichte unbedingt lesenswert. Vielleicht wäre seine Analyse präziser geworden, wenn er nicht ständig von einem Interviewer unterbrochen worden wäre, der ihn penetrant auf ein paar eingefahrene Vorurteile festzunageln versuchte. Michael Masuch (Amsterdam)

Kosta, Jiří: Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis. Westdeutscher Verlag, Opladen 1974 (248 S., br., 18,50 DM).

Jiří Kosta, tschechischer Wirtschaftswissenschaftler und seit 1970 Professor für Theorie und Politik sozialistischer Wirtschaftssysteme in Frankfurt, hat in diesem Buch bereits früher veröffentlichte, z. T. überarbeitete Aufsätze zusammengestellt. Von Marxschen Vorstellungen ausgehend, erörtert er theoretische Probleme einer sozialistischen Planwirtschaft und untersucht Geschichte und heutige Praxis der osteuropäischen „Übergangsgesellschaften", in denen „eine Reihe von Elementen sozialistischer Planwirtschaft verwirklicht" sei (12). In seiner Position setzt er sich sowohl von den „Revisionismuskritikern" im Westen ab, denen er vorwirft, mit abstrakten Kategorien an die Beurteilung der Länder im RGW heranzugehen, als auch von den Befürwortern einer zentral-administrativen Planung in diesen Ländern selbst. Diese Art von Planung, die in der Sowjetunion historisch vielleicht einmal berechtigt gewesen sei, führe auf die Dauer zu neuen Herrschaftsstrukturen, zur Verselbständigung der politisch und ökonomisch führenden Schicht gegenüber den arbeitenden Massen. Kosta geht in diesem Zusammenhang so weit – und dabei unterläßt er die historisch-empirische Begründung –, daß er eine Überwindung der entstandenen gesellschaftlichen Verhältnisse nur durch „ein Zerschlagen der gesamten politischen Strukturen" für denkbar hält, weil die „bürokratische Herrschaftselite" nicht freiwillig auf ihr Machtmonopol verzichte (86–87).

An die Stelle der zentral-administrativen Planung will Kosta nun durchaus nicht einfach einen „Marktmechanismus" setzen, sondern eine Mischform aus zentraler und dezentraler Planung – Planung als „gesellschaftliches Strukturprinzip" (56 ff.). Zur Erhärtung seiner Thesen stellt er die bisherigen Ansätze und Erfahrungen mit zentraler und dezentraler Planung in den sozialistischen Ländern dar (1. Kapitel), diskutiert das Problem der Warenproduktion im Sozialismus (2. Kapitel), analysiert die Wirtschaftsreformen in den RGW-Ländern an den Beispielen DDR, Ungarn und ČSSR (3. Kapitel), behandelt die Frage der Eigentumsverhältnisse im Sozialismus am Beispiel der Entwicklungen in der Sowjetunion und in der ČSSR (4. Kapitel) und prüft die Rolle der Selbstverwaltung innerhalb einer sozialistischen Planwirtschaft an den Ergebnissen und Konzeptionen in Jugoslawien seit 1948 und in der ČSSR 1968/69 (5. Kapitel). Zahlreiche

Tabellen und ein ausführlicher statistischer Anhang ergänzen den Text. – Gerade der letzte Beitrag ist besonders interessant, da er zeigt, daß – wie in Jugoslawien – Arbeiterräte und Dezentralisierung dann zu Atomisierung und Isoliertheit der Betriebe führen, wenn keine Einbettung in die gesamtwirtschaftliche Planung gelingt, sondern den Marktmechanismen allzu freier Lauf gelassen wird (210). Bei den Werktätigenräten in der ČSSR wäre, so meint Kosta, möglicherweise diese Tendenz nicht eingetreten, weil hier eine stärkere Verbindung von Betrieb und Gesamtwirtschaft vorgesehen war. Da das Experiment, ohne sich voll entfaltet zu haben, nach kurzer Zeit abgebrochen werden mußte, ist eine Beurteilung natürlich schwierig. Die von Kosta mitgeteilten empirischen Angaben sind auf jeden Fall aber weiterer Diskussionen wert.

Bedauerlicherweise unterläßt es Kosta, die im Zuge der Wirtschaftsreform erweiterten Mitwirkungsmöglichkeiten der Werktätigen (etwa durch die Produktionsberatungen in der Sowjetunion) ebenso zu untersuchen. Liegen hier nicht vielleicht auch Möglichkeiten zu Demokratisierung der Planentscheidungen, die er zu recht als wesentlichen Bestandteil einer sozialistischen Planwirtschaft ansieht? Seine These, daß die Mit- und Selbstentscheidung des einzelnen Produzenten an seinem Arbeitsplatz am größten sein müsse, weil dieser hier am meisten Kenntnisse und Erfahrungen einbringen könne, während auf Werks-, vollends jedoch auf Branchen- oder Volkswirtschaftsebene für ihn eine Mitsprache schwieriger sei (209), hätte auf diese Weise noch umfassender und zugleich konkreter abgehandelt werden können. Die Demokratisierungstendenzen würden dann gestärkt, wenn der Entscheidungsspielraum der Betriebe durch eine weitere Dezentralisierung des Planungssystems ausgedehnt werde. Das setze voraus, daß der zentrale Plan nur einen groben Rahmen gebe und daß der Staat nicht durch detaillierte administrative Vorschriften, sondern mehr durch indirekte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen die Weichen in der Richtung der Planziele stelle. Die Planziele sollten vorweg durch die Offenlegung von Alternativen in der Öffentlichkeit diskutiert und in einem demokratischen Entscheidungsprozeß beschlossen werden (59–60, 212–213). Diese – allerdings noch vagen – Vorstellungen bieten die Möglichkeit, hofft Kosta, die auch durch die (von ihm überwiegend positiv eingeschätzten) Wirtschaftsreformen nicht beseitigten schwierigkeiten zu überwinden: z. B. unzureichende Flexibilität und Reaktionsfähigkeit (34), den Charakter der Arbeit (98 ff.), „interessenbestimmte" Verzerrungenbetrieblicher Informationen gegenüber der Zentrale (128 u. ö.). Vor allem werde dann die reale Verfügungsgewalt der Werktätigen über ihre Produktionsmittel, die planmäßige Entwicklung der Gesellschaft durch einen „Verein freier Menschen" (Marx) möglich. Heiko Haumann (Freiburg i. Br.)

Hoffmann, Manfred: Wohnungspolitik in der DDR – das Leistungs- und Interessenproblem. Verlag Deutsche Wohnungswirtschaft, Düsseldorf 1972 (411 S., br., 25,90 DM).

Nach einer kurzen Skizze der wohnungswirtschaftlichen Ausgangssituation in der SBZ 1945 behandelt die Arbeit Hoffmanns allgemeine Merkmale der „Wohnungszwangswirtschaft" (1) der DDR und die „Schaffung sozialistischer Wohnverhältnisse als ordnungspolitisches Fernziel der Wohnungspolitik", erörtert den „Lenkungsapparat der Wohnungswirtschaft" und die „Lösung des Leistungs- und Interessenproblems in der Wohnungswirtschaft". Eine Diskussion der „ordnungspolitischen Funktion" der Wohnraumlenkung und -verteilung in der DDR

schließt die Arbeit ab. Rund drei Dutzend nützliche tabellarische Zusammenstellungen und Abbildungen vervollständigen die Untersuchung.

Interessante Details finden sich zunächst über die Wohnungsversorgung unmittelbar nach 1945. Rund 617 000 Wohnungen waren durch Kriegseinwirkung auf dem Gebiet der SBZ völlig zerstört (6); während die Wohnbevölkerung im Jahre 1946 auf 109,6 % des Standes von 1939 angewachsen war, war die Anzahl der benutzbaren Wohnungen im gleichen Zeitraum auf 86,3 % gesunken. Rund ein Fünftel des Wohngebäudebestands im Jahre 1950 war älter als 100 Jahre, über die Hälfte waren älter als 50 Jahre. Hoffmann konstatiert ein „außerordentlich hohes Defizit an bewohnbaren Wohnungen" (12) von insgesamt 1,2 bis 1,4 Mio. Wohnungen.

Auf den folgenden 400 Seiten jedoch gehen die weiteren Informationen über Wohnungswirtschaft und -wesen in der DDR vollkommen unter im Korsett der theoretischen Vorgaben, die der Auswahl, Verarbeitung und Interpretation dieser Daten zugrunde liegen. Das ökonomische Weltbild Hoffmanns ist von ebenso verblüffender wie gängiger Schlichtheit. Mit der kapitalistischen Restauration in den Westzonen wurde schon frühzeitig der „ökonomischen Vernunft" in diesem Bereich der Volkswirtschaft der Weg gebahnt (348). Daß dieses schlechthin vernünftige System freilich neuerdings durch eine „unsoziale, betrügerische und somit letztlich verbrecherische Inflationspolitik" (364) der SPD/FDP-Regierung gefährdet wird, ist nicht zu ändern, hat hierzulande doch der mit „ökonomischen Zusammenhängen wenig vertraute ‚Durchschnittswähler' ... über die Zusammensetzung des Parlaments und damit über die Grundrichtung der Politik leider das letzte Wort" (364).

Während Hoffmann die „enormen ökonomischen Leistungen im Dritten Reich" (368) bewundert, die bekanntlich ohne derlei dreiste Einmischung der Bevölkerung in ihre eigenen Angelegenheiten zustande gekommen waren, konzediert er im Falle der SBZ/DDR, daß es dort „trotz aller Fehlleistungen des Systems und einer systembedingten Pervertierung ihrer wirtschaftlichen Interessen" (368) dank „außerordentlich harter Arbeit der wirtschaftenden Menschen" (368) zu einigen, vergleichsweise freilich geringen Erfolgen gekommen sei. Die Ursache dafür sieht Hoffmann in einem „wohl insbesondere mit der deutschen Mentalität zu erklärenden unerschütterlichen Leistungsdrang" (368). Derlei deutschtümelnde Metaphysik hat mit Wirtschaftstheorie und empirischer Realanalyse nichts mehr zu tun.

Hoffmanns Analyse ist formalistisch, unhistorisch und klammert soziostrukturelle Sachverhalte konsequent aus. Über die Wohnverhältnisse der Arbeiterklasse und noch vorhandene Disproportionen erfährt man nichts. Statt dessen stellt er zahlreiche Prognosen auf, die sich mittlerweile als grundfalsch herausgestellt haben. Sein Anliegen reduziert sich zunehmend auf die schlichte Verteidigung bürgerlicher Eigentumsverhältnisse und entsprechender Ideologien. Beredt beklagt er die strukturelle „Diskriminierung und Ausbeutung der Eigentümer von Mietwohnraum durch die Mieter" (349) und kritisiert mutig die Versuche einer SED, „den Vermietern auch weiterhin rücksichtslos sozialpolitische Verpflichtungen gegenüber den Mietern zu oktroyieren" (349). Ob derlei skandalöse Praktiken auch Ergebnisse systemimmanenter ökonomischer Unvernunft und undeutscher Neigungen sind?

Rainer Rilling (Marburg)

Blätter für deutsche und internationale Politik

12 '76

Kommentare und Berichte

A. Maske: Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen?
U. Ewers: Kernkraftwerksentsorgung

Hauptaufsätze

K. D. Bredthauer: Zur wahrscheinlichen Entwicklung des Parteiengefüges in der BRD und ihren Ursachen
L. Knorr: Vor einer qualitativ neuen Phase der Militärpolitik in der Bundesrepublik?
H.-H. Wüstenhagen: Bürgerinitiativen, Atomenergie und Wissenschaft
A. Bartsch, R. Bispinck: Medien unter Druck. Zur Entwicklung der inneren Pressefreiheit
D. Paas: Das „Entwicklungsmodell" des chilenischen Militärregimes — Anspruch und Wirklichkeit
J. Menschik: Der kleine Unterschied in der Frauenfrage

Medienkritik

H. Walter: Der Wilde Westen als soziales Lernfeld

Wirtschaftsinformationen

J. Goldberg: Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Dokumente zum Zeitgeschehen

Bukarester Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 26. 11. 1976

21. Jahrgang, Dezember 1976, Heft 12

1 '77

Kommentare und Berichte

O. Cless: „Innerdeutscher" Nervenkrieg
M. Nishikawa: Japans LDP
L. Q. Yáñez: Chile und die UNO

Hauptaufsätze

G. Matthiessen: Politische und militärische Entspannung — Entwicklung, ideologische Probleme und Ausblick
F. Deppe: Integration und Autonomie. Gewerkschaftspolitik im Zeichen der gesellschaftlichen Krise
J. Priewe: Alternativen der Beschäftigungspolitik. Zum möglichen Abbau von Arbeitslosigkeit
F. Suffa-Friedel, Bettina Gransow: Der Nachlaß des Maoismus und die gegenwärtige Entwicklung der Volksrepublik China
J. J. Hagen: Internationalisierung des Kapitals und Souveränität der Staaten
B. Grimm, F. Siebels: Wissenschaftsverbot und politische Repression. Eine Fallstudie

Medienkritik

H. Walter: „Frühling für Hitler"

Wirtschaftsinformation

Dokumente zum Zeitgeschehen

Vertragsentwurf der Bukarester Konferenz gegen den Ersteinsatz von Kernwaffen
Kommuniqué der NATO-Ministertagung vom 9./10. 12. 1976

22. Jahrgang, Januar 1977, Heft 1

Hg.: W. Frhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolfinger, J. Huffschmid, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschning, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby. — Red.: K. D. Bredthauer, P. Neuhöffer, J. Weidenheim. Erscheint monatlich. Einzelheft 5,— DM, im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten 3,— DM. Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51.